

VB 04

FB Sozialpolitik
Ressort Allgemeine Sozialpolitik
Frankfurt, im Juli 2007



| Vorstand

- Kurzfassung -

Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung: Große Koalition einigte sich auf „Rahmenpunkte“ für Gesetzgebungsprozess

Die Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung gehört zu den zentralen Vorhaben der Großen Koalition. Der Koalitionsausschuss verständigte sich am 19.6.2007 auf „Rahmenpunkte“. Die wichtigsten sind:

- **Beitragsatzerhöhung** (Pflegeversicherung) zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte. (Im Gegenzug geplant: Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2008 um 0,3 Prozentpunkte). Problem: RentnerInnen werden durch höheren Pflegeversicherungsbeitrag belastet, aber durch einen reduzierten Beitrag für die Arbeitslosenversicherung nicht entlastet.
- **Dynamisierung** (Erhöhung) der finanziellen Leistungen der Pflegeversicherung: künftig alle drei Jahre, erstmals ab 2015. Die Anpassungshöhe bei der künftigen Dynamisierung wird die Bundesregierung festlegen.
- **Bessere Versorgung von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz.** Neben der Anhebung des zusätzlichen Leistungsbetrags für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz, sollen die Menschen ohne Pflege-, aber mit Betreuungsbedarf (z. B. Demenzkranke) ebenfalls künftig diesen Zusatzbetrag für die soziale Betreuung als Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten.
- **Besondere Stärkung der häuslichen Pflege:** Pflegeleistungen sollen schrittweise (je eine Stufe in 2008, 2010, 2012) erhöht werden; wohnortnahe Angebote für Pflegebedürftige, die besser aufeinander abgestimmt und vernetzt werden; Pflegestützpunkte in jedem Stadtviertel, Fallmanager als Ansprechpartner und UnterstützerInnen; Förderung betreuter Wohnformen und Wohngemeinschaften.
- **Gesetzlicher Anspruch auf eine Pflegezeit** für ArbeitnehmerInnen.

Der Pflegekompromiss der großen Koalition bleibt als reine Absichtserklärung noch hinter den Verabredungen im Koalitionsvertrag zurück. Aus allen Reformoptionen hat sich die große Koalition die schlechteste ausgesucht: Sie weitet die Leistungen der Pflegekassen aus, einigt sich auf eine Beitragssteigerung, ohne die brüchige Finanzgrundlage selbst zu befestigen und die strukturellen Probleme nachhaltig anzugehen. Neben einigen positiv zu bewertenden Änderungen (insb. Dynamisierung, Leistungserhöhung, Pflegezeit, Einbeziehung des sozialen Betreuungsbedarfs für Demenzkranke) belässt sie vieles beim Alten und hilft der gesetzlichen Pflegeversicherung nur für wenige Jahre. Diese anvisierte „kleine“ Reform ist kein großer Wurf!

Die IG Metall hatte vorgeschlagen, die Finanzierungsbedarfe durch ein „Maßnahmenpaket“ nachhaltig und solidarisch zu sichern: Einführung von Bürgerversicherungselementen, Entlastung durch Steuerzuschüsse und ein finanzieller Ausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung, um die Risiken und Lasten besser und sozial gerechter zu (ver-)teilen. Diese Chance wurde jedoch vertan! Es ist allerdings noch nichts entschieden. Wir halten an unseren Positionen zur Neuregelung der Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung fest und werden uns an der Diskussion weiterhin in diesem Sinne beteiligen.

Die IG Metall setzt sich weiterhin für eine „gute“ Pflege, eine wirkliche Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und für menschenwürdige Lebensbedingungen im Alter ein. Pflege ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe! Wir werden unsere Forderungen nach einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung bei der Diskussion der anstehenden Reform einbringen. Eine detaillierte Beurteilung des Reformvorhabens werden wir erst bei Vorlage des Gesetzesentwurfs (voraussichtlich im Herbst) vornehmen können. Nach den Überlegungen der Großen Koalition soll die Pflegeversicherungsreform (zumindest in Teilen) schon zum 1.1.2008 in Kraft treten.